

## PROTOKOLL

über die 24. Sitzung des **Beirates Huchting**,  
am Montag, 19.07.2021, als **Video-/Telefonkonferenz per GoToMeeting**

vom Ortsamt:	Herr Eggers, Herr Schlesselmann, Herr Timmermann
vom Beirat:	Herr Bries, Herr Hamen, Frau Horn, Herr Horn, Frau Jahnke, Frau Kretschmann (bis 21:00 Uhr), Frau Mollenhauer-Thein (bis 20:30 Uhr), Herr Monsig, Frau Otto-Kleen (bis 21:00 Uhr), Frau Radke, Herr Rietz, Frau Schubert, Frau Seifert, Herr Siepker, Frau Wendt (21:08 Uhr)
entschuldigt:	Frau Böcker, Herr Böse
Gäste	TOP 2 Frau Bernhard (Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz/SfGFV), Frau Dr. Dreizehner (Vorsitzende der Geschäftsführung Gesundheit Nord/GeNo), Herr Schmid (Abteilungsleiter Kommunale Kliniken, SfGFV), Herr Güse (Berater des Betriebsrates Klinikum Links der Weser) TOP 3 Herr Engelken (Sparkasse Bremen) TOP 4 Frau Liebrecht (Amt für soziale Dienste)

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr mit der Begrüßung der Mitglieder des Beirates Huchting, der Gäste, der Bürger\*innen und der Presse via GoToMeeting und Live-Stream via Facebook eröffnet. Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie findet die Sitzung als Videokonferenz statt. Der Beirat stimmt der Sitzung als Videokonferenz inkl. Live-Stream zu.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland für den technischen Support der Beiratssitzung, der es ermöglicht, die heutige Sitzung im Internet zu „streamen“.

Die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit werden einvernehmlich festgestellt.

Abstimmungen erfolgen in der Videokonferenz. Jedes Beiratsmitglied wird dazu namentlich aufgerufen (einstimmig).

Die Redezeit ist auf 2 Minuten begrenzt (ausgenommen Referent:innen).

Wortmeldungen können über GoToMeeting im Chat per „WM“ oder „Wortmeldung“ angemeldet werden. Das Wort wird dann erteilt.

Vor Eintritt in die Sitzung wird mit einer Schweigeminute der Betroffenen und Opfer der Flutkatastrophe gedacht.

### Tagesordnung:

- TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
- TOP 2 Geplante Umstrukturierungen Gesundheit Nord, insbesondere Klinikum Links der Weser
- TOP 3 Sparkasse Bremen; keine Bargeldein- und –auszahlungen in Huchting
- TOP 4 Digitalisierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (ohne Aussprache)
- TOP 5 Verschiedenes

## **TOP 1 Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

## **TOP 2 Geplante Umstrukturierungen Gesundheit Nord, insbesondere Klinikum Links der Weser**

Anlass der heutigen Diskussion sind die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen am Klinikum Links der Weser (KLdW) und Bremen-Mitte (KBM). Die Geburtshilfe und die Neonatologie des KBM wurden im Jahr 2012, als Folge des Keimausbruchs auf der neonatologischen Intensivstation geschlossen und an das KLdW verlagert. Aufsichtsrat und Senat haben die Wiedereröffnung einer zusätzlichen geburtshilflichen Abteilung im Eltern-Kind-Zentrum (EIKi) am KBM beschlossen. Erreicht werden soll das Ziel durch eine räumliche Zusammenführung der Geburtshilfe und Gynäkologie des KLdW am KBM.

Der Beirat plädiert dafür, dass die geburtshilfliche und gynäkologische Versorgung am KLdW erhalten bleibt. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und die Vorsitzende der Gesundheit Nord sind zur Sitzung geladen, um die Hintergründe für die geplanten Maßnahmen zu erläutern.

Frau Bernhard informiert über die medizinstrategischen Überlegungen, die zu der Verlagerung der Geburtshilfe, der Frühgeborenen-Abteilung sowie der Gynäkologie aus dem KLdW an das KBM geführt haben. Die geplanten Maßnahmen sind seit längerer Zeit in der Diskussion und wurden auch schon im Beirat Obervieland erörtert. Ausgangspunkt ist eine Bündelung der Kapazitäten am KBM. Ziel ist es, eine ganzheitliche Betreuung aufzubauen und personelle Ressourcen (Hebammenstamm) an einem Standort zu konzentrieren und nicht auseinanderzureißen. Die Entscheidung, die Geburtshilfe und Gynäkologie an einem Standort zusammenzulegen basiert weniger auf betriebswirtschaftlichen Überlegungen. Vielmehr musste die Entscheidung getroffen werden, weil zu wenig Fachkräfte/Hebammen auf dem Arbeitsmarkt generiert werden konnten. Die geplante Eröffnung von Geburtshilfe und Neonatologie kann jedoch aufgrund des Fachkräftemangels noch nicht erfolgen. Seit den Planungen im Jahr 2016 hat sich der Fachkräftemangel drastisch verschärft. Damit ist auch der Umzug der Neonatologie aus dem KLdW in die neuen Räumlichkeiten des KBM gefährdet.

Frau Bernhard teilt weiter mit, dass der Umstrukturierungsprozess auch unter Beteiligung der Beschäftigten in verschiedenen Runden diskutiert und abgestimmt wurde. Ergebnis ist, dass ein Standortwechsel nur mit dem gesamten Hebammen-Team durchgeführt werden könne, um das EIKi am KBM mit ausreichenden personellen Ressourcen zu versorgen. Es hat sich abgezeichnet, dass beide Klinikstandorte nicht mit ausreichend Hebammen abgedeckt werden können. Somit musste eine Entscheidung getroffen werden, um die verfügbaren Ressourcen bestmöglich einzusetzen und die räumlichen Kapazitäten optimal zu nutzen. Nachdem sich der Hebammenstamm nicht ausgeweitet hat, wird derzeit nach Lösungsmöglichkeiten gesucht, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Frau Dr. Dreizehnter teilt mit, dass der Senat im Jahr 2016 mit seinem Beschluss die Grundlage für die Konzentration der neonatologischen, geburtshilflichen und gynäkologischen Versorgung am KBM geschaffen hat. Aus medizinischer Sicht ist beispielsweise eine räumliche Zusammenführung der Neonatologie und Kinderchirurgie von Bedeutung, weil die „ganz Kleinen“ so wenig wie möglich transportiert werden dürfen. Die Neonatologie ist derzeit noch am KLdW, die Kinderchirurgie am KBM angesiedelt. Hochspezialisierte Eingriffe können durch einen Zusammenschluss der Standorte schneller durchgeführt werden. Ein

weiterer wesentlicher Grund der Fusion ist, dass damit dem Fachkräftemangel entgegen gewirkt und die Geburtshilfe aufrechterhalten bleiben kann. Die Disziplinen der Frühgeborenen-Abteilung, die gesamte Geburtshilfe, das Zentrum für Frauenheilkunde wird als ein komplettes Zentrum am KBM konzentriert. Sie teilt weiter mit, dass in Bremen-Mitte drei zusätzliche Kreissäle aufgebaut werden (drei waren bereits Bestandteil der Planungen), so dass insgesamt sechs Kreissäle am KBM zur Verfügung stehen werden (zum Vergleich: fünf Kreissäle am KLdW). Mit der Ausstattung können dann rund 3000 Geburten abgebildet werden.

### **Frauengesundheit**

Auf die Frage nach der zukünftigen medizinischen Versorgung für Frauen im Einzugsgebiet „Links der Weser“ teilt Frau Dr. Dreizehnter mit, dass die Gynäkologie von der Zusammenlegung am KBM profitiert. Derzeit ist die gynäkologische Versorgung noch mit zwei Abteilungen auf zwei Standorte verteilt. Mit einer Zusammenführung entsteht eine große Abteilung mit den Schwerpunkten Senologie, gynäkologische Onkologie, allgemeine Gynäkologie, Urogynäkologie und Pränataldiagnostik am KBM.

Aus dem Beirat wird mitgeteilt, dass im Bremer Süden ca. 56.000 Frauen direkt von dem Abzug der Gynäkologie am KLdW betroffen sind. Diesem Bevölkerungsanteil stünden dann keine direkten gynäkologischen Versorgungsangebote mehr zur Verfügung. Gynäkologische Beratung bedeutet auch in einem vertrauten Umfeld versorgt zu werden, beispielsweise bei der Voruntersuchung für eine Geburt. Wenn die Verlagerung stattfindet, fällt ein entscheidender Baustein der medizinischen Versorgung weg. Die Folge sind längere Fahrzeiten und Wegstrecken auf die rechte Weserseite. Gerade vor dem Hintergrund von zunehmenden Baustellen im Bremer Süden, kann von keiner Verbesserung der Versorgungssituation ausgegangen werden.

Frau Dr. Dreizehnter teilt mit, dass die onkologische Versorgung zukünftig innerhalb des onkologischen Zentrums am KBM erfolgen wird. Zudem könnte die Zusammenarbeit mit den Abteilungen Urologie und Hämatonkologie intensiviert werden. Wegezeiten für im KLdW versorgte Patientinnen zu anderen, nur im KBM vorhandenen Fachabteilungen, würden entfallen.

Ein Beiratsmitglied teilt mit, dass es bei der Erreichbarkeit der geburtshilflichen Versorgung im Notfall um Sekunden geht. Das gleiche Problem wurde bereits im Zusammenhang mit der Erreichbarkeit der Polizei im Bremer Süden diskutiert. Es stellt sich die Frage, ob es möglich ist, eine medizinische Kooperation, beispielsweise mit dem Delme-Klinikum in Delmenhorst herzustellen, um Huchtinger Bürger:innen eine Alternative anzubieten.

Frau Dr. Dreizehnter informiert, dass beispielsweise Herzinfarktpatienten aus dem gesamten Bremer Gebiet im KLdW versorgt werden. Sie verweist darauf, dass die Wege im Bremer Stadtgebiet im Vergleich zu Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen komfortabel und zumutbar sind.

Via Facebook wird mitgeteilt, dass der Fachkräftemangel ein selbstgemachtes Problem sei, wenn die Bewertung der Wirtschaftlichkeit bei personellen Entscheidungen einen zu großen Anteil einnehme.

Frau Bernhard teilt mit, dass die genannten Argumente und Gedanken nachvollziehbar sind. Um den Fachkräftemangel entgegenzuwirken, können nicht nur wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen. Ziel ist es, ein neues Netz von ambulanten Versorgungsstrukturen zu schaffen. Das ist momentan kaum möglich, weil die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Sie informiert, dass sie sich für eine sektorenübergreifende Versorgung einsetze. Dafür muss sich eine Trägerstruktur finden, die den Aufbau eines Netzwerkes übernehme. Die Finanzierung ist mit Krankenkassen abzustimmen. Seitens der Ortsamtsleitungen und Träger aus

dem Bremer Süden ist die Rückmeldung hierzu relativ gering. Es wäre gut, wenn sich im Stadtteil eine Initiative für den Aufbau eines solchen Netzwerkes bilden könnte.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Wunsch nach einer Trägerstruktur für den Aufbau einer medizinischen Versorgung im Stadtteil vorhanden ist. Er informiert darüber, dass er im Jahr 2019 mit einer Mitarbeiterin aus dem Hause SfGFV über eine geplante Einrichtung eines Hebammenzentrums im Stadtteil gesprochen und auch Interesse für Huchting bekundet hat. Bis heute gab es keine Reaktion auf das Gespräch.

Herr Güse teilt mit, dass er in seiner Funktion als Berater des Betriebsrates zwar nicht berechtigt ist direkt für das Personal zu sprechen. Er merkt aber dennoch an, dass alle Krankenhaussträger von der aktuellen Hebammenversorgung betroffen sind. Die Freigemeinnützigen Einrichtungen konnten 12 bis 14 Hebammen erfolgreich anwerben. Er hat den Eindruck, dass die Diskussion des Fachkräftemangels versäumt bzw. verzögert wurde. Jetzt ist das Problem schwer zu managen. Er bittet um Auskunft, wie intensiv Hebammen im Ausland akquiriert wurden.

Frau Dr. Dreizehnter verweist darauf, dass die GeNo nach Hebammen und Pflegekräften im Ausland recherchiert und diese auch anwirbt. Die GeNo wird die Akquise nach Fachkräften im Ausland weiter verstärken. Mittel sind hierfür bereits eingeplant.

Aus dem Beirat wird mitgeteilt, dass die wohnortnahe Versorgung, beispielsweise ein Gesundheitszentrum in Huchting (u.a. mit den Schwerpunkten: Augenheilkunde, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Kinder- und Jugendmedizin) für die Bürger:innen im Stadtteil von besonderer Bedeutung ist. Eine gute medizinische Versorgung bedeutet eine Erhöhung der Lebensqualität. Im Zuge des Anwerbens von Fachpersonal ist auch eine adäquate Versorgung der Beschäftigten anzubieten.

Frau Bernhard teilt mit, dass die Gesamtversorgungssituation der Hebammen weiter verbessert werden soll. Die Angestellten aus dem Sektor haben ein Upgrade bekommen, aber das Tarifgefüge muss weiter angepasst werden.

Auf die Frage nach einem Gesundheitszentrum in Huchting verweist sie auf Anstrengungen, freie Sitze von Ärzt:innen wiederzubesetzen. Ein Gesundheitszentrum könnte hierfür eine Lösung sein, in dem niederschwellig in verschiedenen Zusammensetzungen Beratungsstrukturen aufgebaut werden könnten. An welchem Standort die Umsetzung möglich ist, sei noch zu klären.

Herr Güse teilt mit, dass die Idee eines Gesundheitszentrums dringend zu unterstützen ist, weil der Bremer Süden (zusammen mit dem Speckgürtel des niedersächsischen Umlandes) ein Einzugsgebiet von ca. 180.000 Menschen darstellt. Es sei nicht nachvollziehbar, warum der Standort Links der Weser abgebaut wird. Von den Planungen sind nicht nur die Geburtshilfe und Gynäkologie betroffen, sondern auch die Unfallchirurgie und die Ambulanzen sollen abgezogen werden. Für das Einzugsgebiet stellt diese Entwicklung eine deutliche Verschlechterung dar.

Frau Bernhard teilt auf die Frage nach der Kommerzialisierung der Kliniken mit, dass die rein wirtschaftliche Betrachtung zu keiner Schließung eines Krankenhausbereiches führt.

In den kommenden Jahren ist eine finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser im Land Bremen über den Bremen-Fonds vorgesehen und Investitionen in Höhe von ca. 38 Millionen für alle Krankenhäuser geplant.

Dem Beirat liegt ein Antrag der Beiratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und ein Änderungsantrag der Beiratsfraktion DIE LINKE vor.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag (DIE LINKE). Die Punkte werden getrennt abgestimmt:

- 1) Die zuständige senatorische Behörde wird gebeten, Verhandlungen mit Niedersachsen und insbesondere der Nachbarkommune Delmenhorst aufzunehmen, damit medizinische Angebote auch für Bürger:innen, insbesondere für Frauen des Bremer Südens, angeboten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen , 6 Nein-Stimmen (angenommen)

- 2) Die zuständige senatorische Behörde wird gebeten, auch in Huchting ein Gesundheitszentrum nach dem Vorbild der Polikliniken aufzubauen und dabei besonders auch die gynäkologische und geburtenmedizinische Versorgung im Auge zu behalten.

**Abstimmungsergebnis:**

15 Ja-Stimmen (einstimmig)

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Beiratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (ursprünglicher Antrag). Punkt 1 (3) des Antrags wird getrennt abgestimmt:

- 3) Der Beirat Huchting fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf, die Geburtshilfe und die Gynäkologie am Klinikum Links der Weser zu belassen und die Pläne der Schließung bzw. Verlagerung nicht weiter zu verfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

12 Ja-Stimmen und 2 Ablehnung

Die Punkte 4 bis 6 werden en bloc abgestimmt:

- 4) Der Beirat Huchting fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf, ein Gesamtkonzept für den Standort des Klinikums Links der Weser vorzulegen.
- 5) Der Beirat Huchting fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf Ausgleichsmaßnahmen vorzustellen, die einen möglichen Wegfall der beschriebenen Abteilungen kompensieren würden.
- 6) Der Beirat Huchting unterstützt den Beschluss des Beirates Obervieland vom 19. Mai 2021 zur Einsetzung eines „Runden Tisches“ zum Thema Erhalt und Weiterentwicklung des Klinikums Links der Weser und seiner Fachbereiche.

**Abstimmungsergebnis**

14 Ja-Stimmen

**TOP 3 Sparkasse Bremen; keine Bargeldein- und -auszahlungen in Huchting**

Anlass der Beiratsbefassung ist eine Entscheidung der Sparkasse Bremen, dass ab dem 01.08.2021 keine Bargeldein und -auszahlungen am Schalter der Huchtinger Sparkassenfiliale (Kirchhuchtinger Landstraße 31) mehr möglich sind. Zu dem Tagesordnungspunkt ist ein Mitarbeiter der Sparkassen Bremen eingeladen, um die Hintergründe für die Entscheidung darzustellen.

Herr Engelken teilt mit, dass die Sparkasse Bremen ihr Filialnetz insgesamt überdacht habe. Die Corona-Pandemie hat zu einer Veränderung des Kundenverhaltens geführt. So

erfährt das Online-Banking und die Kartenzahlung eine höhere Nachfrage, Bargeldauszahlungen am Schalter sind gesunken. Dadurch wurde die Bargeldausstattung einzelner Filialen angepasst. Oberstes Ziel ist es, dass sich die Servicequalität nicht verschlechtert. Geplant sind neue Angebote. Dadurch werden sich zukünftig auch einzelne Jobprofile bei der Sparkasse Bremen verändern. Zeitnah wird ein sogenannter „Payment Agent“ in der Sparkassenfiliale zum Einsatz kommen (Ansprechpartner:in für Selbständige). Privatkund:innen haben zukünftig die Möglichkeit, zu Hause Unterstützung beim Online-Banking von einem/r Sparkassenmitarbeiter/in zu erhalten oder einen Bargeldservice in Anspruch zu nehmen. Zielgruppe sind ältere Menschen, die Bargeld bestellen und sich nach Hause liefern lassen. Darüber hinaus besteht weiterhin die Möglichkeit, Bargeld am Kassenautomaten zu erhalten oder einzuzahlen. Hilfestellungen bei der Bedienung eines Bankterminals werden vor Ort in der Filiale angeboten.

Aus dem Beirat wird kritisiert, dass die geplanten Änderungen gleichzeitig einen Abbau von Serviceleistung bedeuten. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Sparkassenfiliale zu wenig Automaten für Kontoauszüge und Bargeldein- und -auszahlungen vorhalte. Es wird dafür plädiert, das Angebot um jeweils ein zusätzliches Gerät aufzustocken.

Herr Engelken, teilt mit, dass die Sparkasse Bremen keinen Abbau von Serviceleistungen in Huchting plant. Ganz im Gegenteil: Zukünftig ist die Einrichtung einer Stadtteilfiliale geplant. Dort haben Vereine oder Unternehmen die Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen, oder eines ihrer Produkte zu präsentieren. Die Sparkasse stellt hierfür Räumlichkeiten bzw. einen Community-Bereich zur Verfügung. Hier sind auch Vorträge, Lesungen, Konzerte, Kurse oder Ausstellungen vorgesehen. Mit der Stadtteilfiliale wird die Sparkasse Bremen einen Treffpunkt für die Bürger:innen des Stadtteils anbieten. In der Filiale an der Kirchhuchtinger Landstraße stehen weiterhin 18 Mitarbeiter:innen beratend zur Verfügung, die insbesondere auch älteren Menschen bei Fragen zur Seite stehen. Sogenannte Plattform-Manager und digitale Serviceberater:innen bieten Hilfestellungen an den Bankterminals an.

Ab 01.08.2021 wird die Filiale Kirchhuchtinger Landstraße/Ecke Dovemoorstraße wieder in Betrieb gehen. Es werden neue Automaten installiert, welche weniger störungsanfällig sind.

Via Facebook wird um Mitteilung gebeten, wann die Kontoauszugsdrucker im Roland-Center wieder ihren Betrieb aufnehmen.

Herr Engelken teilt mit, dass die neuen modernen Geräte größere Abmessungen aufweisen und derzeit am bisherigen Standort keinen Platz für Diskretion zulassen. Mit dem Center-Management wird derzeit nach einem geeigneten Platz für den Kontoauszugsdrucker gesucht. Er wird den Punkt mitnehmen und überprüfen.

Nach ausführlicher Diskussion fasst der Beirat folgenden

**Beschluss:**

**Der Beirat Huchting bittet die Sparkasse Bremen um Beibehaltung der gewohnten Serviceleistungen in der Filiale an der Kirchhuchtinger Landstraße 31, 28259 Bremen und Umsetzung folgender Punkte:**

- 1. In der Sparkassenfiliale in Huchting an der Kirchhuchtinger Landstraße 31 sollen weiterhin Bargeldein- und -auszahlungen am Schalter angeboten werden.**
- 2. Darüber hinaus wird darum gebeten, die Anzahl der Automaten für Kontoauszüge und Bargeldein und -auszahlungen um jeweils einen Terminal aufzustocken.**

**Begründung:**

Die Sparkasse Bremen plant ab dem 01.08.2021 eine Umstellung der Serviceleistung in der Filiale an der Kirchhuchtinger Landstraße 31, 28259 Bremen. Danach sollen keine Bargeldein und -auszahlungen am Schalter mehr möglich sein. Der Beirat Huchting kritisiert die Entscheidung und bittet um Umsetzung der genannten Punkte.

**Abstimmungsergebnis:**

12 Ja-Stimmen

**TOP 4 Digitalisierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (ohne Aussprache)**

**Beschluss:**

**Der Beirat Huchting schließt sich dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses und dem Änderungsantrag der LAG und des Bremer Jugendrings, welcher in den Beschluss eingeflossen ist, an:**

**Beschluss des Jugendhilfeausschusses:**

**Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage „Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit“ vorbehaltlich der Beschlussfassung im Senat am 15.06.2021 zur Kenntnis.**

**Änderungsantrag Beschluss:**

- 1. Der Jugendhilfeausschuss teilt die Vorschläge des Änderungsantrages der Verbände und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um die Anpassung der Vorlage für den Senat am 22.6.2021 (Entwurfassung lag dem JHA am 17.6.21 vor), in dem der vorliegende Änderungsantrag als Anlage der Senatsvorlage in jedem Fall beizufügen ist.**
- 2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Änderungen zur Senatsvorlage:**
  - **Weitere Träger sind in das Fortbildungsprogramm und die finanzielle Ausstattung mit einzubeziehen.**
  - **Online Tools, Onlinebildungsangebote und Lernumgebungen sind zu entwickeln und/oder weiter zu nutzen. Dafür sind entsprechend Mittel einzuplanen.**  
Seite 4 von 4
  - **Die Beteiligung aller Jugendverbände am Investitionsprogramm für die digitale Einrichtung ist sicher zu stellen.**
  - **Eine Konzeption zur Einrichtung eines stadtweiten und jugendgerechten Portals ist in Abstimmung mit weiteren Ressorts und der Senatskanzlei gemeinsam zu realisieren.**
- 3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um Anpassung des Budgets für den Fortbildungsbereich zur Einbeziehung der aktiven Jugendhilfelandchaft (vgl. Entwurf Senatsvorlage Kosten Digitalisierungsbausteine) um das doppelte der bisher veranschlagten Summe (min. 188 Tsd. Euro). Dieses garantiert die Realisierung der hier aufgezeigten Änderungen und ausgehend von der Diskussion im JHA am 17.6.21 eine Erweiterung des vorliegenden Angebots.**
- 4. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um Anpassung des Budgets für die Ausstattungspauschale um weitere 50 Tsd. Euro (vgl. Entwurf Senatsvorlage Kosten Ausstattungspauschale**

**420 Tsd. Euro) zur Gewährleistung der notwendigen, anfallenden Kosten in der nicht-geförderten Jugendarbeit/ Jugendverbandsarbeit.**

- 5. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport im weiteren Verfahren um eine Einbeziehung der Träger zur gemeinsamen Umsetzung und Verfolgung der Digitalisierungsstrategie.**

Begründung:

Die Digitalisierung der Offen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit eine Notwendigkeit und eine riesige Chance zugleich. Mit dem Zugang zur Lernplattform „itslearning“ für OJA-Träger können Jugendeinrichtungen als außerschulischer Lernort in das bestehende System integriert und ihre Angebote für die Jugendlichen sichtbar gemacht werden.

Durch den möglichen Austausch, die wechselseitige Kommunikation und Information werden die Jugendlichen und die Träger miteinander verbunden - so profitieren alle Beteiligte, insbesondere natürlich die Jugendlichen.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen

**TOP 5 Verschiedenes**

**Es liegen keine Wortmeldungen vor.**

Ende der Sitzung um 21:10 Uhr.

gez.  
Herr Bries  
(Beiratssprecher)

gez.  
Herr Schlesselmann  
(Sitzungsleiter)

gez.  
Herr Eggers  
(Protokoll)